

Macht und Ohnmacht – Demokratie

Ansprache von Claudine Nierth (Vorstandssprecherin) zur Mitgliederversammlung am 9. Mai 2015

Aktuell darf ich Mehr Demokratie an zwei Fronten vertreten: Einerseits bin ich auf Einladungen von Innenministerien, Landesregierungen, der Bundeszentrale für politische Bildung, Stiftungen und Vereinen auf zahlreichen dialogorientierten Beteiligungsveranstalten. Andererseits vertrete ich unsere Positionen vor Abgeordneten in verschiedenen Parlamenten, u.a. als ständiges Mitglied in der Enquete Kommission in Österreich zur Weiterentwicklung der direkten Demokratie. Während auf den Dialogveranstaltungen zu lernen ist, wie man mit lehrbuchkonformer Moderation Dialog am besten verhindert, kämpfen auf der anderen Seite Parlamentarier mit der von uns gestellten Machtfrage: Wer hat das letzte Wort – Volk oder Parlament?

Nach über zwanzig Jahren in Gesprächen mit Abgeordneten aller Couleur, ist mir noch *kein* Politiker und *keine* Politikerin begegnet, der oder die nicht aus Idealismus angetreten ist, mit Zielen, welche das Gemeinwohl fördern. Jeder hat die Absicht, mit seinen Positionen Einfluss zu nehmen auf das zu gestaltende große Ganze. Und wer Einfluss nimmt, ist in der Regel so überzeugt von der Richtigkeit der eigenen Position, dass sie stellvertretend für alle durchgesetzt werden soll. Darin unterscheiden sich Parlamentarier nicht von uns Bürgerinnen und Bürgern, auch wir wollen Einfluss nehmen. Doch je höher die Positionen einer/eines Abgeordneten, je größer die Möglichkeit der Einflussnahme, desto geringer ist die Bereitschaft, diese Macht zu teilen.

In Österreich sprechen Politiker das aus, was in Deutschland viele nur zu denken wagen, aber dennoch danach handeln: „Wir sind gewählt, um im Zweifel gegen das Volk zu entscheiden und die Bürger vor sich selber zu schützen.“ Mit dieser Haltung hat man das demokratische Grundverständnis bereits verlassen und befindet sich im Bereich der Autokratie. Wenn wir für bundesweite Volksabstimmungen eintreten, dann in dem Wissen, das zukünftig weiterhin über 99 Prozent der Entscheidungen im Parlament gefällt werden und weniger als ein Prozent durch Volksabstimmung. Dieses eine Prozent, die Möglichkeit, alle ein bis drei Jahre eine Volksabstimmung herbeiführen zu können, schaffen 100 Prozent gefühltes Selbstbewusstsein des Souveräns, ermöglichen eine Machtkontrolle durch die Bürgerinnen und Bürger. Aber dieses eine Prozent löst bei Abgeordneten und Regierenden gefühlte 100-prozentige Entmachtung aus.

Ja, wir stellen die Machtfrage, aber nicht im Sinne von Konkurrenz und Wettbewerb – wer ist stärker? –, sondern in Bezug auf den Prozess, der zur Zukunftsgestaltung führt, im Sinne von Kooperation, Ergänzung und Akzeptanz; es geht darum, Mehrheitsverhältnisse in einer Sachfrage zu klären. Demokratisch ist nicht, wer sich in den Dienst der Macht stellt und anderen seine Positionen überstülpt, sondern wer seine Position in den Dienst des Prozesses stellt – zur Meinungsfindung, an deren Ende eine Mehrheitsbildung steht. Die direkte Demokratie durch Volksabstimmungen bildet die dritte demokratische Säule zwischen den Säulen Bürgerbeteiligung durch Dialoge und repräsentative Demokratie durch Wahlen. Es ist Aufgabe von Mehr Demokratie, hier für begriffliche Klarheit zu sorgen und die Wirkung der jeweiligen Säule genau zu kennen: Bürgerbeteiligung, Volksentscheide, Parlamentarismus – keine kann die andere ersetzen, sie können sich nur sinnvoll ergänzen!

Dafür treten wir an!